

Bonn nimmt Washingtoner Ergebnisse zurückhaltend auf

Kommuniqué der Außenminister: Völlige Einigung über eine Friedensregelung
Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

BONN. Die Einigung der drei Außenminister der Westmächte in Washington über eine Friedensregelung mit der deutschen Bundesrepublik, die am Donnerstagabend in einem Kommuniqué bekanntgegeben wurde, ist in Bonn mit großer Zurückhaltung aufgenommen worden. So wird es in Regierungskreisen noch als offen angesehen, was für eine europäische Armee es sein soll, auf die man sich jetzt prinzipiell einigte und in Ottawa und Rom im einzelnen festlegen will.

Zuständige Stellen bezweifeln, daß die geplante europäische Armee noch dem ursprünglichen Plan Plevens entspreche, da dieser ja von den Amerikanern abgelehnt worden ist, jetzt aber von Acheson und Eisenhower akzeptiert wurde. Eindeutig hat bisher lediglich die SPD gegen die europäische Armee Stellung genommen. Dr. Schubmacher erklärte, diese Armee stelle einen „Versuch für die antieuropäische Ausnutzung Deutschlands“ dar.

Bei den Regierungsparteien, die eine Europäarmee nicht von vorneherein ablehnen, wird bezweifelt, ob diese Armee annehmbar ist, wenn die Umwandlung des Besatzungsstatuts in zweiseitige Verträge von der Zustimmung Bonns zu ihr und zum Schumanplan abhängig gemacht wird und dann noch die Bundesregierung die ihr nach 1945 auferlegten Verpflichtungen und Beschränkungen ihrer Souveränität anerkennen soll. In diesen Zusammenhang fällt eine Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. v. Brentano, der die von der FDP aufgestellte Bedingung bestätigt, daß vor der dritten Lesung des Schumanplans die Aufhebung der der deutschen Wirtschaft auferlegten Beschränkungen der Bundesregierung in schriftlicher Form von den drei Westmächten zugesichert werden müsse.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der die

Situation nach wie vor recht optimistisch beurteilt, ist offiziell noch nicht von den Washingtoner Ereignissen unterrichtet worden. Da nach den geltenden Bestimmungen diese Unterrichtung nicht über den deutschen Geschäftsträger in Washington, sondern über die Hohen Kommissare zu erfolgen hat, kann es möglicherweise bis zur Rückkehr der Hohen Kommissare dauern, bis die Bundesregierung über das offizielle Washingtoner Kommuniqué hinaus informiert wird.

Nach Abschluß ihrer Besprechungen vom Donnerstag gaben die Außenminister der drei Westmächte in einem Kommuniqué die „völlige Einigung über eine Friedensregelung mit der deutschen Bundesrepublik“ bekannt. Wörtlich heißt es darin: „Die drei Hohen Kommissare der Westmächte in Deutschland werden angewiesen werden, mit der deutschen Bundesregierung Verhandlungen über eine Nachkriegs-Regelung auf der Grundlage folgender Punkte aufzunehmen:

1. Eine praktisch vollständige Unabhängigkeit der Bundesregierung auf innen- und außenpolitischem Gebiet.

2. Abschaffung der drei alliierten Hohen Kommissionen und Einsetzung von Botschaftern.

3. Die Besatzungstruppen sollen künftig den Status von Verteidigungstreitkräften erhalten.“

Von unterrichteter Seite verlautete, das Friedensabkommen sei „liberal“. Die Alliierten würden sich jedoch gewisse Vollmachten vorbehalten. Hierzu gehöre das Recht, in die deutschen Angelegenheiten einzugreifen, wenn sich eine kommunistische Bedrohung von innen oder außen ergeben sollte.

Die Außenminister setzten am Freitag ihre Besprechungen fort.

Truman hält Acheson

Ferngelenktes Bombengeschwader wird aufgestellt / Wird MacArthur aktiv?

WASHINGTON. Solange er Präsident der USA sei, werde Acheson Außenminister bleiben, erklärte Präsident Truman in seiner allwöchentlichen Pressekonferenz. Einen Austritt Achesons aus dem Kabinett werde er trotz häufiger republikanischer Forderungen nicht genehmigen. Vielleicht bleibe er noch eine Zeitlang Präsident. Vermutungen, daß seine Worte die Möglichkeit einer Kandidatur zur Wiederwahl andeuteten, tat er mit einem Lächeln ab.

Truman teilte außerdem mit, daß eine Ankündigung der amerikanischen Luftstreitkräfte über die Aufstellung des ersten Geschwaders ferngelenkter Matador-Bomber mit seinem früheren Hinweis auf „neue Waffen“ übereinstimme. Das neue Geschwader soll zunächst Übungs- und Forschungsaufgaben erfüllen, später jedoch eine Kampfeinheit werden.

Der Gouverneur des Staates New York, Dewey, berichtete Truman am Donnerstag über seine Pazifikinformationsreise. Dabei vertrat er den Standpunkt, die Verteidigung Westeuropas sei jetzt soweit gestärkt, daß die USA ihre Aufmerksamkeit mehr den vom Kommunismus bedrohten Gebieten Asiens zuwenden sollten. Seiner Ansicht nach werde der Pazifik in den nächsten Jahren das Hauptkriegsgebiet sein. Um weiteren kommunisti-

sehen Aggressionen vorzubeugen, müßten die USA enger politische und militärische Beziehungen zu den Staaten des Fernen Ostens aufnehmen.

Ein enger Freund MacArthurs erklärte dieser Tage, der General werde auf jeden Fall aktiv für den republikanischen Kandidaten bei den nächsten Wahlen eingreifen. Er beabsichtige nicht, sich um seine Aufstellung zu bemühen, übernehme jedoch eine Kandidatur, falls sie ihm vom republikanischen Parteikongreß angetragen werden sollte. Im Augenblick sei Senator Taft der Favorit der Republikaner. Könne dieser nicht die Mehrzahl der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen, werde voraussichtlich MacArthur aufgestellt. Eisenhower komme für die Republikaner kaum in Frage, da er in den Kreisen dieser Partei weit weniger Unterstützung finde, als die Zeitungen und Rundfunksprecher es wissen wollten.

Soziale Unruhe wächst

PARIS. Die steigende Teuerung läßt in Frankreich die soziale Unruhe stark anwachsen. Mehrere tausend Streikende aus dem Industriegebiet von Abbeville veranstalteten einen Protestmarsch nach Amiens, da die Unternehmer eine 15prozentige Lohnerhöhung verweigerten. In der großen mittelfranzösischen Industriestadt Clermont-Ferrand wollen die Arbeiter der Verkehrsbetriebe ihre Forderungen durch Arbeitsniederlegung durchsetzen. Auch in Lothringen kam es zu einem Teilstreik in einem großen Eisenwerk. In Tunis sind die Eisenbahner für einen Tag in den Ausstand getreten.

Abbau des Besatzungsregimes in Japan

Joshida in Tokio begeistert empfangen / Keine Mitwirkung bei Bewaffnung

TOKIO. Die USA haben nach Abschluß des japanischen Friedensvertrags in San Francisco bereits in der zurückliegenden Woche mit dem Abbau ihres Besatzungsregimes in Japan begonnen. Der japanischen Regierung wurden am Donnerstag weitgehende außenpolitische Befugnisse übertragen. So kann das japanische Außenministerium künftig direkt mit den diplomatischen Vertretungen anderer Staaten in Tokio über gemeinsame Probleme verhandeln. Nur Abmachungen oder Verträge mit ausländischen Regierungen bedürfen nach wie vor der Genehmigung. Zurzeit sind die diplomatischen Missionen von 23 Staaten in Tokio akkreditiert. Die Sowjetunion, die in Japan keine diplomatische Vertretung hat, ist von der aufgeführten Erlaubnis ausgeschlossen. Außerdem muß die japanische Regierung



Unser Punkbild zeigt die Außenminister der drei Westmächte auf einer ihrer Sitzungen in Washington. Von links nach rechts Schuman, Acheson und Morrison.

Bonn und die Außenminister

Von Horst Flüge

Auch ohne die Entscheidungen der Hohen Kommission über die Enteignung der deutschen Auslandsvermögen und über die Einschränkung des Landesverratsparagrafen hätte kein Grund bestanden, die Washingtoner Außenministerkonferenz sehr optimistisch zu beurteilen. Die politische Entwicklung der Bundesrepublik drängt nach der Wiederherstellung der außenpolitischen Handlungsfreiheit und nach der Aufhebung aller der deutschen Wirtschaft oder Politik auferlegten Beschränkungen. Aber je stärker dieses Drängen wurde, um so spürbarer traten auch die Widerstände in Erscheinung. Das sind vor allem die Institutionen und die Gesetze des Besatzungsregimes, die wie eine Mauer vor der Neuordnung des deutsch-alliierten Verhältnisses stehen. Es ist darum verständlich, daß sich die Bundesregierung bemüht, dieses Hindernis durch eine stärkere Einschaltung der Regierungen der Westmächte zu überwinden. Bei den (für die Außenministerkonferenzen) vorbereitenden deutsch-alliierten Gesprächen auf dem Petersberg hat sich doch sehr eindeutig gezeigt, daß der eingetretene Stillstand nicht nur darin seinen Grund hat, daß die Hohen Kommissare mit Abschluß der „vorbereitenden Besprechungen“ auch die Grenze ihrer Befugnisse erreicht hatten, sondern daß die Liquidierung des Besatzungsregimes so lange unmöglich ist, als nicht volle Klarheit darüber besteht, welcher politische Status der Bundesrepublik auf dieses Regime folgen soll.

Die Frage nach diesem Status, nach den politischen Beziehungen zwischen Bonn und den Westmächten, ist für die Bundesrepublik das Problem Nr. 1. Von dem Inhalt seiner Lösung hängen die anderen Fragen ab, ob es nun der militärische Beitrag ist, ob es die Besatzungskosten sind, der Schuman-Plan oder irgendeine der anderen Fragen, die nur etwas mit Außenpolitik zu tun haben. Daß sich für die Bundesregierung das rein politische Problem in den Vordergrund geschoben hat und die Bereitschaft zu Koppelungen verschiedener Probleme oder für weitere deutsche Vorleistungen in dem letzten Monat gering geworden ist, hat seinen Grund in den Rückschlüssen, die Adenauers Außenpolitik durch zahlreiche Entscheidungen der Alliierten erlitt. Der Bundeskanzler würde die Auswirkungen dieser Rückschlüsse auf seine innerdeutsche Position weiter vergrößern, wollte er mit einer Außenpolitik, die stark von dem Vertrauen in eine Gegenseitigkeit der deutschen und alliierten Leistungen bestimmt wird, fortfahren, ohne seinen Partnern und Gegnern Beweise für die tatsächliche Gegenseitigkeit vorlegen zu können. Als Preis für diese Gegenseitigkeit hat Adenauer bisher den Verzicht

auf Gleichzeitigkeit der Leistungen bezahlt. Er hat vorgeleistet, aber die Alliierten haben in keinem entscheidenden Problem gleichgezogen. So geriet die Bundesregierung in die noch nicht überwundene Defensivstellung, die der parlamentarischen Opposition und vielmehr noch den Feinden der Regierung breite Angriffsfelder bietet. Die Maßnahmen der Hohen Kommission haben zur Herbeiführung dieser Lage erheblich beigetragen. Eine Tatsache, die weder psychologisch, noch politisch verständlich ist, wenn es stimmt, daß zumindest zwei der drei Hohen Kommissare in Adenauer den deutschen Politiker sehen, der ihnen als deutscher Kabinettschef der angenehmste der möglichen Partner ist.

Ob die Regierungen der Westmächte weiter in die Zukunft blicken, als es die Hohen Kommissare vom Petersberg aus konnten, wird sich bei den kommenden Verhandlungen der Hohen Kommissare mit der Bundesregierung zeigen. Die Bundesregierung hofft auf Entscheidungen und Adenauer hat in seinen letzten Äußerungen keine Zweifel über die Dringlichkeit dieser Entscheidungen gelassen. Für den Fall, daß diese Entscheidungen trotzdem weiter hinausgezögert werden sollten, hat Adenauer sich nicht festgelegt. Er hat weder dann mögliche Alternativen genannt, noch hat er gedroht oder Bedingungen gestellt. Angesichts der gegebenen Situation war das auch die einzige vernünftige Haltung, die der Kabinettschef und Außenminister einnehmen konnte; denn was nach dem Oktober außenpolitisch zu tun ist, kann heute um so weniger gesagt werden, als noch völlig ungewiß ist, welche und wie weitgehende generelle bzw. spezielle Entscheidungen von den Außenministern gefällt wurden.

Adenauer ließ jedoch wiederholt durchblicken, daß die Möglichkeiten für einseitige Leistungen bei der Bundesregierung erschöpft sind. Nicht anders kann auch die prinzipielle Forderung des FDP, dem Koalitionspartner, verstanden werden, daß die Regierungen der Westmächte vor der dritten Lesung des Ratifizierungsgesetzes über den Schuman-Plan in Noten die Aufhebung aller der deutschen Industrie auferlegten Beschränkungen zusichern müßten. Der Bundeskanzler drängt stärker als bisher auf ein Entgegenkommen der Alliierten und ist entschlossen, auch darauf zu warten, bevor Bonn neue außenpolitische Entscheidungen fällt. Das bedeutet, daß der Schuman-Plan erst einmal hinausgezögert ist; denn kaum jemand wird erwarten, daß Frankreich bis zum 18. Oktober (dem im Vertrag für die Ratifizierung gen. Termin) die gewünschten Noten in Bonn überreichen lassen wird.

Für und wider Südweststaat

Die bayerische Perspektive

MÜNCHEN. Die Staatspräsidenten Dr. Gebhard Müller und Leo Wohleb nahmen am Donnerstag in zwei Referaten über den Bayerischen Rundfunk für und wider den Südweststaat Stellung.

Dr. Müller betonte, die südwestdeutschen Länder legten Wert darauf, daß sich ihre Neuordnung nur im Einvernehmen mit Bayern vollziehe. Der Südweststaat solle nicht, wie fälschlicherweise behauptet werde, ein Block gegen Bayern sein, sondern im Gegenteil Bayern darin unterstützen, das Gewicht des Südens in der Bundesrepublik zu verstärken.

Wohleb behauptete, Württemberg wolle einen doppelten Schlag gegen den Föderalismus führen, indem es erstens Baden schlucke und zweiten einen Block gegen Bayern bilde. Diesen „totalitären Geistesblitzen aus Stuttgart“ zum Trotz werde Baden bei der Abstimmung zeigen, daß es zu seiner Tradition ebenso treu stehe wie zu Deutschland.

Persische Note eingegangen

Wachsende Opposition gegen Mossadeq

WASHINGTON. Das Weiße Haus bestätigte am Donnerstagabend den Eingang der persischen Note an England, die von dem Sonderbeauftragten der amerikanischen Regierung, Averell Harriman, der britischen Regierung zugestellt werden soll. Großbritannien wird darin eine 15tägige Frist zur Wiederaufnahme der Ölverhandlungen gestellt. Die Note soll nach Angabe der persischen Botschaft in Washington konstruktive Vorschläge enthalten, die zu neuen Hoffnungen Anlaß geben würden.

Inzwischen hat die britische Regierung alle englischen Handelsschiffe mit knappen Exportgütern für Persien angehalten, wie wir in einem Teil unserer Ausgabe schon berichteten, und sie angewiesen, andere Häfen anzulaufen.

In Persien scheint inzwischen der Einfluß der gegen Mossadeq gerichteten Opposition im Wachsen zu sein. Der als englandfreundlich geltende frühere Ministerpräsident Tabatabai trat mit der früher von ihm geleiteten „Partei des nationalen Willens“ wieder an die Öffentlichkeit. Auch der ehemalige Ministerpräsident Ghavam Sultaneh steht in Opposition zu Mossadeq.

Vom Urlaub zurück

Wie war das doch, als wir aufbrachen vor drei Wochen? Es war Nacht, wir hatten den Wecker in eine Porzellanbüchse gestellt...

Wegweiser zum unterirdischen Calw

Schilder und Tafeln kennzeichnen die Gas- und Wasserwege

Täglich gehen die Bewohner der Kreisstadt an kleinen Schildern mit Buchstaben und Zahlen vorbei, ohne wohl zu wissen, welchen Zweck sie erfüllen.

Allerdings nicht zu einer Unterwelt, die Lichtscheuem Gesindel Zuflucht bietet. Die Schilder wollen nur etwas über das „Eingeweide“ der Stadt verraten...

Mit den Buchstaben und Zahlen hat es folgende Bewandnis: Wenn ein solches weißes Schild mit roter Umrandung den Buchstaben „H“ und die Ziffer 123 trägt, dann will das besagen, daß sich hier ein Hydrant

mit 125 mm Durchmesser befindet. Liegt der Hydrant direkt vor dem Schild, so entfällt die Zahl links oder rechts vom senkrechten Strich und die zumierst stehende gibt die lotrechte Entfernung an.

Etwas anders ist es bei den in kleineren Abmessungen gehaltenen, grünen und blauen Tafeln, von denen die grünen Schilder Gasleitungen und die blauen Schilder Abwasserleitungen bzw. Wasserschieber kennzeichnen.

Im Spiegel von Calw

Der Besetzung zum Dekan zugestimmt

Der Calwer Kirchengemeinderat hat in seiner Sitzung vom Donnerstagabend der vom Oberkirchenrat in Stuttgart erfolgten Benennung von Pfarrer Hans Ulrich Esche (Waiblingen) zum neuen Dekan des Kirchenbezirks Calw zugestimmt.

Wir gratulieren!

In der kommenden Woche dürfen folgende betagte Calwer Bürgerinnen und Bürger ihren Geburtstag feiern: Morgen Anna Zwilker, Marktplatz 24 (78 Jahre); am Montag Marie Munz, Altbürger Str. 33 (78 J.)...

Fahrt nach Stuttgart fällt aus

Die von der Ortsgemeinschaft Calw der Heimatvertriebenen für morgen geplante Fahrt nach Stuttgart zum Besuch der Ausstellung „Deutsche Heimat im Osten“ kann infolge unzureichender Beteiligung nicht durchgeführt werden.

Das Programm des Volkstheaters

Das Calwer Volkstheater bringt am Montag und Dienstag den amerikanischen Farbfilm „Flicka“, der nach dem Roman „Meine Freundin Flicka“ gedreht wurde.

Pfostenschau für Hunde aller Rassen

Der Verein der Hundefreunde Calw und Umgebung veranstaltet am Sonntag, 23. September, bei der Turnhalle und auf dem Brühl eine Pfostenschau.

Konzert der Stuttgarter Philharmoniker

Das ursprünglich für 11. September vorgesehene Sinfoniekonzert der Stuttgarter Philharmoniker wird nun am Dienstag, 9. Oktober, nachgeholt.

Reges Interesse an der Theatermiete

Der Aufruf der Württ. Staatstheater Stuttgart zur Beteiligung an der Theatermiete hat in der Kreisstadt ein erfreulich starkes Echo gefunden.

Gemeinderatswahlen im Dezember

Die Staatsregierung von Württemberg-Hohenzollern hat ein neues Gemeindegewählgesetz entworfen, das demnächst dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Achtung, Donauschwaben aus Jugoslawien!

Personen, die ihre in Jugoslawien wohnenden volkdeutschen und deutschen Angehörigen noch nicht zum Zwecke der Familienzusammenführung gemeldet haben, werden aufgefordert, umgehend an das Deutsche Rote Kreuz, Referat Familienzusammenführung, München 22, Wagmüllerstraße 16, folgende Angaben zu machen:

verurteilt. Wegen der Trunkenheit am Steuer erhielten beide je eine Haftstrafe von drei Wochen. Trunkenheit am Steuer kann nach Ansicht des Gerichts nicht mehr mit Geldstrafen erledigt werden.

Flieger- und Währungsgeschädigte fordern ihr Recht

Lastenausgleich in der bisherigen Form wird abgelehnt

Der Verein der Flieger- und Währungsgeschädigten, Ortsgruppe Stammheim und Deckenpfronn, hielten dieser Tage im Gildehaussaal in Stammheim eine Versammlung ab, auf der der Kreisvorsitzende, Stadtrat Fritz Wölper (Freudenstadt), und der Landesvorsitzende der Deutschen Gemeinschaft - BHE, Studienrat Feller, zu dem Problem des Lastenausgleichs, der Währungsreform und weiteren aktuellen Tagesfragen Stellung nahmen.

Herr Wölper führte u. a. aus, daß der Verein der Kriegs- und Währungsgeschädigten den Entwurf zum Lastenausgleich, wie er von den Regierungsparteien eingebracht wurde, energisch ablehne.

Vor dem Neuenbürger Amtsrichter

Liebelei mit Nebenabsichten

Man sollte es nicht glauben, daß die kleine, schmächtige junge „Dame“ schon auf eine solch „erfolgreiche“ Laufbahn zurückblicken kann. Kaum über 20 Jahre alt, stand die Angeklagte nun schon zum dritten Male vor dem Richter.

Zwei Vorstrafen wegen Diebstahls und nun das neue Delikt im Rückfall. Und die ganze Verteidigung der Angeklagten lag darin, sie habe einen kleinen „Schwips“ gehabt.

Und nochmals war es ein Kraftfahrer, der ein bekanntes Mädchen mitnahm, welches

gelungen, für die Aermsten des Krieges, d. h. für diejenigen, die den Krieg wahrhaft verspürt hätten, einen sozial gerechten und annehmbaren Lastenausgleich zu schaffen.

Nach den Ausführungen des Redners, die von den Versammlungsteilnehmern mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, ergriff der Landesvorsitzende der DG-BHE, Studienrat Feller, das Wort zu einem Vortrag über die Ziele seiner Partei.

auch nicht mehr ganz unerfahren war in punkto Diebstahl. Die Fahrt verlief reibungslos, doch nachdem die ebenfalls noch junge Angeklagte das Auto verlassen hatte, fehlten dem Fahrer 6 DM.

Aus dem Calwer Gerichtssaal

Sie konnten alles brauchen

Emil und Franz waren mit dem Motorrad in Bad Liebenzell, wo sie sich verschiedene alkoholhaltige Getränke hinter die Binde gossen.

Aufschlußreiche Fremdenverkehrsstatistik

Die Ziffern der amtlichen Fremdenverkehrsstatistik im Gebiet des Landesverkehrsverbandes Württemberg weisen in den ersten zwei Monaten des Sommerhalbjahres 1951 eine Steigerung in Höhe von rund 20% gegenüber dem Vorjahr auf.

Interessant ist ein Vergleich der Gesamtziffern des Fremdenverkehrs im Süden und Südwesten Deutschlands. Während das Land Bayern in der Zeit vom 1. April 1950 bis zum 31. März 1951 (Sommerhalbjahr 1950 und Winterhalbjahr 1950/51) 2,738 Millionen Gäste mit 10,701 Millionen Uebernachtungen zählte, wurden in den 3 Ländern des Südweststaates 1,886 Millionen Gäste mit 10,452 Millionen Uebernachtungen registriert.

Stellt man diese Ziffern der 4 Länder im Süden und Südwesten Deutschlands denen der übrigen deutschen Länder gegenüber, so ist festzustellen, daß die rund 5,8 Millionen Gäste mit 21,1 Millionen Uebernachtungen im Süden und Südwesten mehr als die Hälfte des gesamten Gäste- und Uebernachtungsverkehrs der Bundesrepublik Deutschland ausmachen.

Oesterreich-Reisen erleichtert

Seit dem 5. August 1951 ist die Einreise nach Oesterreich erleichtert worden. Deutsche Staatsangehörige, die einen deutschen Reisepaß oder einen vom Combined Travel Board ausgestellten vorläufigen Reiseausweis haben, können an bestimmten Grenzübergangsstellen eine Einreisegenehmigung der Alliierten in die amerikanisch, britisch und französisch besetzte Zone Oesterreichs erhalten.

15000. Kurgast in Herrenalb

Herrenalb. Als 15000. Kurgast traf Fräulein Gerlinde Nägele aus Kandel ein. Sie wurde von Bürgermeister Langenstein auch im Namen des abwesenden Kurdirektors W. Münch beglückwünscht.

CALWER ZEITUNG

Verlag Paul Adolff, Calw, in der Schwäbischen Verlagsgesellschaft m. b. H. Chefredakteure: Will Hanns Hebsacker und Dr. Ernst Müller.

